

Zitierhinweis

Riotte, Torsten: Rezension über: Aaron Graham / Patrick Walsh (eds.), *The British Fiscal-Military States, 1660–c. 1783*, London ; New York: Routledge, 2016, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* (ZHF), 46 (2019), 1, S. 199-201, DOI: 10.15463/rec.1493213244



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

nomie der einzelnen Gemeinden eintraten und dafür bereit waren, die Homogenität der nationalen Kirche aufs Spiel zu setzen. Mit Leidenschaft lehnte Baillie freilich die arminianischen Doktrinen ab, die vor 1640 eine Reihe englischer Bischöfe und Theologen vor allem im Umkreis des Hofes vertraten, allen voran Erzbischof Laud. In den niederländischen Arminianern wie Conrad Vorstius sah er Gegner der Trinitätslehre und damit des geoffenbarten Glaubens schlechthin, in ihren englischen Glaubensbrüdern zumindest potentielle Verbündete der römischen Kirche und damit eine fünfte Kolonne des Papstes. Diese Ablehnung der von Laud in England und Schottland geförderten kirchlichen Veränderungen einte die schottischen Covenanter, sonst aber – das macht diese Studie deutlich – fiel es ihnen schwer, sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen, sowohl theologisch wie auch politisch.

Das zweite Werk, das es hier zu besprechen gilt, ist einer anderen Epoche gewidmet, dem ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert. Auf den ersten Blick geht es hier gar nicht um Schottland, sondern um die atlantische Welt, genau genommen um die nordamerikanischen Kolonien der englischen respektive britischen Krone. Die Hauptthese von Parrish ist jedoch, dass der Jakobitismus keineswegs eine rein schottische Bewegung war, die dort im Wesentlichen von katholischen Clansmen oder allenfalls von Anhängern der Bischofskirche (Episcopalians) getragen wurde, sondern dass er das gesamte britische Herrschaftsgebiet erfasste, nicht nur die schottischen Lowlands und England selbst, sondern eben auch Amerika. Er kann das an vielen Details zeigen, jedenfalls für die Epoche, um die es hier geht, etwa bis zum Ende der 1720er Jahre. In Amerika verbanden sich Sympathien für die Stuarts und für die Tories dabei auch eng mit der konfessionellen Orientierung. Die Church of England, deren Strukturen in Übersee eigentlich nur schwach ausgebildet waren (es gab keinen vor Ort residierenden Bischof), erstarkte freilich um 1700, und ein Teil ihrer Gläubigen hatte Sympathien für die sogenannten „non-jurors“ (Geistliche, die nach 1688 den Treueid auf Wilhelm III. ablehnten) oder zumindest für diejenigen Theologen der etablierten Kirche, die eine Öffnung gegenüber den Dissenters vehement ablehnten. Parrish kann zeigen, dass es namentlich in den südlichen Kolonien – er untersucht hier South Carolina – unter Königin Anna (1702–1714) eine Offensive gab, die sich gegen Dissenters richtete und versuchte, diese von politischen Ämtern fernzuhalten. Es wurden sogar Gesetze verabschiedet, die den englischen Test Acts entsprachen. Die Männer, die dahinterstanden, zum Teil aus England entsandte Amtsträger, zum Teil Mitglieder der lokalen Gentry hatten oft Sympathien für die Jakobiten. Man muss zugeben, dass mit dem endgültigen Sieg der Whigs in England infolge der hannoverschen Sukzession 1714, die Tories respektive Jakobiten in den Kolonien weitgehend ihren Rückhalt verloren und von der politischen Bühne verschwanden. Was Parrish aber zeigen kann, ist, dass die „Anglisierung“ der politischen Kultur in den Kolonien seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert, auf die auch die ältere Forschung schon hingewiesen hatte, sich eben nicht nur auf der Linie des Whiggismus vollzog, sondern durchaus auch die Tories jenseits des Atlantiks ihre Anhänger besaßen.

Ronald G. Asch, Freiburg i. Br.

Graham, Aaron / Patrick Walsh (Hrsg.), *The British Fiscal-Military State, 1660 – c. 1783*, London / New York 2016, Routledge, XI u. 290 S. / Abb., £ 80,00.

Der vorliegende Sammelband unterscheidet sich von einer klassischen Festschrift. Er ist nicht dem Historiker John Brewer gewidmet, sondern seiner Publikation „*The Sinews of Power*“. 25 Jahre nach dem Erscheinen des Buches organisierten die beiden Herausgeber Aaron Graham und Patrick Walsh eine Konferenz am Jesus College,

Oxford, deren Ergebnisse nun in schriftlicher Form vorliegen. Brewer hatte im Zuge seiner Interpretation des Vereinigten Königsreichs seit 1688 den Begriff „fiskal-militärischer Staat“ („fiscal-military state“) geprägt, ein Konzept, auf das auch nach mehr als zwei Jahrzehnten regelmäßig rekurriert wird. Aber inwiefern hat sich das Paradigma eines wachsenden bürokratischen Staates, der durch erhöhte Besteuerung die Grundlagen für eine expansive militärische Außenpolitik legte und dadurch im Verlauf des 18. und frühen 19. Jahrhunderts zur europäischen Groß- und imperialen Weltmacht aufstieg, bewährt? Welche Modifikationen und Erweiterungen hat das Konzept erfahren, und welche Kritik gab es? Diesen Fragen widmet sich der Sammelband in neun Kapiteln, die durch eine Einleitung und einen kurzen Kommentar Brewers zu Anfang sowie durch ein Nachwort Stephen Conways am Ende der Publikation eingerahmt werden.

Es kommt zu Detailkritik und einigen Relativierungen. Graham und Walsh verweisen darauf, dass die Rolle der Zölle in der jüngeren Forschung als bedeutender angesehen wird, als Brewer sie ursprünglich eingeschätzt hatte. William Farrell demonstriert, dass der Staat als Akteur nicht die einzige Triebkraft des Prozesses darstellte. Wie er im Hinblick auf die britische Seidenindustrie rekonstruiert, waren es oftmals spezifische Interessensgruppen, die massiven Einfluss auf Zölle, Besteuerung und – in seinem Fallbeispiel – die Festlegung von Qualitätsstandards ausübten. Auch erscheint die Vorstellung wachsender staatlicher Durchdringung in Teilen anachronistisch. So war, wie es die Herausgeber formulieren, der „fiscal-military state“ in vielem doch „schlanker“ (19) als ursprünglich von Brewer dargestellt.

Im Wesentlichen lassen sich die Beiträge aber in zwei Gruppen einteilen. Während Brewer seine Arbeit als eine komparative Strukturgeschichte angelegt hatte (29), bemüht sich ein Teil der Beiträge darum, die Aushandlung und Umsetzung fiskalpolitischer bzw. ökonomischer Konzepte zu rekonstruieren. Aaron Graham verweist in seinem Beitrag etwa auf die „money scriveners“ (Wechsler), die die staatlichen Papierwechsel, mit denen Militärs in der Regel bezahlten, in Bargeld umtauschten. Die „scriveners“ agierten in einem komplexen Netzwerk, das private Banken und Händler einschloss. Allein aufgrund der Kredite und Vorschüsse, die die „scriveners“ organisierten, war die Versorgung des britischen Militärs möglich. Solche Übersetzungsleistungen in den gesellschaftlichen Alltag der Menschen, so Alan J. Smyth, führten zu einer substantiellen Zahl nichtstaatlicher Akteure, die den „fiscal-military state“ zumindest in Teilen als kontingent erscheinen lassen.

Ein zweiter Schwerpunkt der Beiträge liegt auf dem „Export“ des „fiscal-military state“ nach Irland und Schottland, vereinzelt auch über das Vereinigte Königreich hinaus bis nach Nordamerika. Die Ausgangslage für eine fiskalpolitisch erfolgreiche Politik unterschied sich in Irland – das zeigt Charles Ivar McGrath – grundlegend von der in der englischen Metropole. Die Anwesenheit einer Besatzungsarmee von rund 12.000 Soldaten und Offizieren zehrte bis ins letzte Viertel des 18. Jahrhunderts einen großen Teil der irischen Steuereinnahmen auf. Dennoch, oder gerade deshalb, war die „fiskalische Revolution“ (Patrick Walsh) für Irland ebenso bedeutend wie für England. Allerdings profitierten in erster Linie irische Protestanten, so dass viele der positiven Nebeneffekte ausblieben. Da nur wenig von den Einnahmen in den irischen Provinzen ankam, führten Steuererhöhungen zu einer Spirale aus staatlichem Druck und Gewalt. Wenn Steuerbeamte angegriffen und misshandelt wurden, lieferte dies dem englischen Staat einen Grund, die Truppenpräsenz in Irland beizubehalten, so dass auch weiterhin Steuereinnahmen hauptsächlich in den Unterhalt der Besatzungstruppen flossen. Dennoch, so zeigt Andrew Mackillop, entstand in Irland ein „associate fiscal-military state“ (199), in dem allerdings Privatbanken Liquidität und Kredite kontrollierten.

Diese parallele oder komplementäre Entwicklung führte dazu, dass dem politischen Druck, eine staatliche Währungs- und Bankenpolitik zu forcieren, Widerstand aus dem privaten Finanzsektor entgegengesetzt wurde.

Während Irland trotz vieler Widerstände ein substantielles Steuereinkommen generierte, waren die Zahlungen aus Schottland gering. Die Unionsakte hatte 1707 festgelegt, dass Schottland 48.000 Pfund als jährlichen Steuerbeitrag zahlen müsse. In England wurden zur gleichen Zeit fast 2 Millionen Pfund eingenommen. Allerdings können diese Zahlen, wie Andrew Mackillop zeigt, die Bedeutung Schottlands im Vereinten Königreich nicht angemessen abbilden. Es war nicht das Steueraufkommen, das die Rolle des strukturschwachen Nordens ausmachte, sondern die Bereitstellung von Rekruten im Bereich des Militärs und der Kolonialverwaltung. Matthew P. Dziennik zeigt in seinem Beitrag am Beispiel der Region Gàidhealtachd, dass dieser Prozess Mitgliedern schottischer Familien die Möglichkeit eröffnete, in Offiziersränge und führende Verwaltungspositionen aufzusteigen, ein Karriereweg, der den Bewohnern der nordamerikanischen Kolonien versperrt blieb. Für die amerikanischen Untertanen der britischen Krone bedeutete Rekrutierung Unterwerfung, was zunehmend zu Frustration führte („a sense of betrayal“, 175), während ein vergleichbares Prinzip für Schottland mit einigen Einschränkungen durchaus als Erfolgsmodell beschrieben werden kann.

Obgleich das Konzept, wie Brewer in seinem Beitrag selbstironisch formuliert, seit seinem Erscheinen wie ein Hase von einer Meute „hungriger“ Historikerinnen und Historiker gejagt wird, findet sich Kritik nur an wenigen Stellen des Bandes. Steve Pincus und James Robinson erscheint der Begriff „fiskal-militärisch“ den Eindruck zu erwecken, dass Steuereinnahmen ausschließlich dem Ausbau des Militärs und der Kriegsführung dienten, während der britische Staat schon lange vor 1815 einen substantiellen Teil der Einnahmen in den Ausbau der Infrastruktur sowie in die Bildungs- und Sozialpolitik investierte. Allerdings demonstrieren die Beiträge von Smyth, Graham, Walsh und vor allem Morriss, wie fruchtbar dieses Konzept als intellektuelle Reibungsfläche in der Geschichte der Armee und der britischen Navy angewandt werden kann. Stärker wiegt die Kritik von Stephen Conway, der zufolge der „fiscal-military state“ an analytische Grenzen stößt, wo – wie im Falle ausländischer Investoren oder Söldner – nicht nationalstaatliche und lokale, sondern transnationale Akteure auf der Bildfläche erscheinen.

Die Auseinandersetzung mit John Brewers Konzept des „fiscal-military state“ hat nicht zu einer Ablehnung, sondern zu zunehmender Differenzierung geführt. Alle Autorinnen und Autoren verweisen darauf, dass der „fiscal-military state“ als das Ergebnis eines Prozesses von Einübung, zunehmender Verfestigung und Formalisierung verstanden werden muss, für den sich Transparenz von zentraler Bedeutung erwies. Das Vertrauen der Anleger, so Roger Morriss, vor allem im Bereich der „short term loans“ erwies sich als die Grundvoraussetzung für den Erfolg des Konzepts, das sich durch Instrumente wie die „drawbacks“ (Erstattungen von Zöllen in Form von Verrechnungen) zunehmend verfeinerte.

Der Band stellt einen substantiellen Beitrag zur Politik- und Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens im 18. Jahrhunderts dar. Vor allem Letztere hat sich in den letzten Jahrzehnten als methodisch innovativ erwiesen, wofür auch dieser Sammelband hervorragend als Beleg herangezogen werden kann.

Torsten Riotte, Frankfurt a. M.